Bund Deutscher Kriminalbeamter

Hoffnungsträger GEBS – ausgebremst durch Personalabbau?

14.04.2026

Der BDK Landesverband Hamburg begrüßt das Vorhaben der Gemeinsamen Eingangs- und Bearbeitungsstelle von Polizei und Staatsanwaltschaft – Warnt aber vor der Gefährdung des Vorhabens durch geplante Stellenkürzungen

Anlässlich der Landespressekonferenz zur Vorstellung der „Gemeinsamen Eingangs- und Bearbeitungsstelle (GEBS)“ am 14.04.2026 begrüßt der Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Landesverband Hamburg e.V., die geplante Umsetzung ausdrücklich. Zugleich warnt der Berufsverband der Kriminalpolizei vor aktuellen Sparmaßnahmen im Landeskriminalamt, die die Funktionsfähigkeit dieses wichtigen Projekts gefährden. Die GEBS ist aus Sicht des BDK ein richtiger und notwendiger Schritt, um den erheblichen Herausforderungen in der Strafverfolgung zu begegnen. Angesichts von zuletzt nahezu 60.000 offenen Ermittlungsverfahren in Hamburg besteht dringender Handlungsbedarf.

Bereits frühzeitig hatte der BDK mit dem Konzept einer kriminalpolizeilichen Strafsachenstelle („KrimStra“) einen entsprechenden Lösungsansatz eingebracht. Die nun vorgestellte GEBS greift zentrale Elemente dieses Ansatzes auf und verspricht insbesondere bei der Bearbeitung von Massendelikten spürbare Verbesserungen – durch schnellere Verfahren, weniger Bürokratie und eine effizientere Nutzung vorhandener Ressourcen.

Mit großer Sorge sieht der BDK jedoch die geplante drastische Reduzierung von Tarifstellen innerhalb der Polizei Hamburg. Nach aktuellen Planungen sollen bis zu 400 Stellen abgebaut werden. Diese Kürzungen treffen insbesondere das Landeskriminalamt Hamburg, in dem zahlreiche Kriminalassistentinnen und Kriminalassistenten beschäftigt sind – also genau jene Beschäftigtengruppe, die eine tragende Rolle in der GEBS übernehmen soll.

Der BDK warnt daher ausdrücklich: „Ohne ausreichend qualifiziertes Tarifpersonal droht die GEBS bereits in ihrer Aufbauphase erheblich an Wirksamkeit zu verlieren. Gleichzeitig würde ein solcher Stellenabbau die ohnehin stark belastete Strafverfolgung weiter schwächen und zentrale Reformprojekte im Landeskriminalamt konterkarieren“, sagt Jan Reinecke, Landesvorsitzender des BDK in Hamburg. Der BDK Hamburg fordert daher, auf die geplanten Kürzungen im Tarifbereich zu verzichten, bestehende Arbeitsverhältnisse zu sichern und die personellen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der GEBS zu gewährleisten. „Wenn die Politik die GEBS wirklich ernst nimmt, muss diese auch die personellen Rahmenbedingungen für das Vorhaben konsequent zur Verfügung stellen“, sagt Jan Reinecke weiter.

Fazit: Die GEBS ist ein wichtiger Meilenstein für eine moderne Strafverfolgung in Hamburg. Ihr Erfolg hängt jedoch entscheidend davon ab, dass die notwendigen personellen Ressourcen – insbesondere im Bereich der Tarifbeschäftigten – erhalten und gestärkt werden.

Schlagwörter
Hamburg
Urheberrechte
Die Urheberrechte des geziegten Teaserbildes liegen beim BDK LV HH.
diesen Inhalt herunterladen: PDF